



# **Experten-Workshop Zukunftsfähige Finanzpolitik als Element der Nachhaltigkeitsstrategie**

Potsdam, 26.09.2012

# Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Einführung .....	3
Rahmenbedingungen und Maßstäbe für eine nachhaltige Finanzpolitik .....	5
Welche Regeln und Prinzipien gestalten die Finanzpolitik des Landes „nachhaltig“? .....	7
Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge .....	10
Arbeitsgruppe 1: Nachhaltigkeit in der Landes-Förderpolitik .....	10
Arbeitsgruppe 2: Einnahmesituation öffentlicher Haushalte, solidarische Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit .....	11
Schlusswort.....	14
Anhang.....	15
Ergebnisse Welche Regeln und Prinzipien gestalten die Finanzpolitik des Landes „nachhaltig“? .....	15
Ergebnisse Arbeitsgruppe 1 Nachhaltigkeit in der Landes-Förderpolitik .....	17
Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 Einnahmesituation öffentlicher Haushalte, solidarische Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit.....	20
Liste der Teilnehmenden.....	22

## **Veranstaltungsort**

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und  
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg  
Raum 129/130  
Albert-Einstein-Straße 42 – 46  
14473 Potsdam

# Begrüßung und Einführung

**Staatssekretärin Daniela Trochowski**  
**Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg**

Daniela Trochowski begrüßt die Teilnehmenden zu anregenden Diskussionen über eine nachhaltige Finanzpolitik. Die Zielsetzung der Veranstaltung ist die Diskussion und Erarbeitung von Prinzipien und Handlungsansätzen, die in die Landesnachhaltigkeitsstrategie mit einfließen sollen.

## **Neuverschuldung**

Als Vertreterin des Finanzministeriums sieht sie ihre Aufgabe darin zu berichten, was das Finanzministerium unter einer nachhaltigen Finanzpolitik versteht. Sie verweist auf die Definition bzw. Indikatoren für nachhaltige Finanzpolitik der OECD. Demnach handelt das Land Brandenburg derzeit nachhaltig. Frau Trochowski zieht die tradierte Definition der Bundesregierung hinzu, nachdem die Neuverschuldung nicht höher sein darf als die öffentlichen Investitionen. Dabei handele es sich um einen Nachhaltigkeitsansatz, weil öffentliche Institutionen über Jahre und Generationen nutzbar sind.

Brandenburg hat rd. 18,7 Milliarden Euro Schulden, die bis 2020 voraussichtlich auf rd. 19 Milliarden wachsen. Der Haushalt ist mit einer Zinslast von ca. 600 Mio. Euro pro Jahr belastet. Nachhaltige Finanzpolitik dürfe jedoch nicht nur auf Ebene der Verschuldung diskutiert werden. Ihrer Auffassung nach müssen neben den Schulden auch die Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten der Ressorts detailliert betrachtet werden.

## **Verschuldung der Länder und Kommunen**

Frau Trochowski weist auf die Haushaltsprobleme der Länder und Kommunen hin.

Sie vertritt den Standpunkt, dass öffentliche Armut zu einer Verschärfung von privater Armut führt. Bildungsmangel und schlechte Bildung „vererben“ sich. Öffentliche Armut sei bildungsfeindlich und unsozial. Frau Trochowski sieht die Allgemeinheit in der Pflicht, durch hochwertige Bildung für alle eine Chancengleichheit bereitzustellen, die unabhängig von der Herkunft der Kinder und Jugendlichen ist.



## **Erwartungen des Finanzministeriums an die Veranstaltung**

Als Erwartungen des Finanzministeriums an die Veranstaltung formuliert sie, dass zum einen die angeschnittenen Fragen diskutiert werden und in den Köpfen bleiben. Nachhaltigkeit ist nicht nur in Bezug auf Wirtschaft und Umwelt ein Thema sondern auch beim Thema Finanzen. Man müsse über Ausgaben und Einnahmen diskutieren und über nachhaltige Finanzpolitik. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, das müsse allen bewusst sein.

## **Rahmenbedingungen für Brandenburg**

Frau Trochowski pflichtet bei, dass eine Diskussion über nachhaltige Finanzen und eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Landeshaushalt nötig ist. Als Grundsatz bei Haushalts- und Mittelverwaltung betont sie, dass die Entscheidungsträger die Finanzmittel so wirtschaftlich und effektiv einsetzen, dass die daraus entstehenden Effekte so ressourcenschonend und langfristig wirken wie nur möglich.

Das Land muss Prioritäten setzen und gibt vorrangig Geld aus für

- Bildung
- Kinderbetreuung im Vorschulalter
- Hochschulen
- Wirtschaftsförderung

Das Land steht darüber hinaus zu seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

### **Schuldenbremse**

Durch das Grundgesetz ist das Land dazu angehalten, die Neuverschuldung zu reduzieren. Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Frau Trochowski mahnt an, auch über die Wahlperiode hinaus zu denken.

### **Pensionsausgaben**

Die Versorgungsausgaben für pensionierte Beamtinnen und Beamte etc. werden sich 2030 voraussichtlich auf mehr als 1,1 Milliarden Euro belaufen. Mit der Bildung der Versorgungsrücklage und eines Versorgungsfonds wird bereits heute durch jährliche Zuführungen Vorsorge getroffen, auch wenn dies nach derzeitigen Stand noch zu keiner grundlegenden Entlastung des Haushaltes ab 2020 führen wird..

### **Rahmenbedingungen**

Frau Trochowski nennt die zentralen Rahmenbedingungen für Brandenburg in den nächsten Jahren:

- Ab 2014 Fiskalpakt auf EU-Ebene
- Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes fallen in den nächsten 8 Jahren sukzessive Einnahmen von rd. 1 Milliarde Euro weg
- Länderfinanzausgleich wird neu diskutiert.

Für Frau Trochowski ergibt sich daraus die Frage, ob wir uns zu gleichen Verhältnissen oder zu Wettbewerbsföderalismus bekennen.

Als kritische Faktoren für die Anforderungen an die Steuerpolitik als Einnahmequelle und Steuerinstrument nennt sie folgende Punkte:

- hohe Anforderungen an die Daseinsvorsorge
- Folgekosten der Finanzmarktkrise
- demographische Entwicklung

- Energiewende.

Sie verweist auf den Anstieg von Armut und Reichtum in Brandenburg und in der gesamten Bundesrepublik und fordert ein Eingreifen durch die Steuerpolitik. Seit 1997 gäbe es keine Vermögenssteuer mehr. .

### **Wie positioniert sich Brandenburg?**

Die aktuelle Landesregierung möchte zusammen mit anderen Ländern die Vermögenssteuer wieder einführen sowie den Spitzensteuersatz erhöhen, eine Finanztransaktionssteuer einführen, das Ehegattensplitting verändern und die Grundsteuer auf Basis eines an den Verkehrswerten orientierten Modells reformieren.

## **Zielsetzung und Konzeption des Workshops**

**Jan Maurer**

**TAURUS ECO Consulting GmbH**

Herr Maurer stellt die Zielsetzung und Konzeption des Workshops vor. Es geht darum,

- eine strategische Diskussion zu Grundsätzen der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik zu führen,
- übergeordnete Rahmenbedingungen sind zu Beginn zu betrachten,
- wobei der Schwerpunkt auf Themen liegt, bei denen die Einflussmöglichkeiten des Landes möglichst hoch sind.

Ziel der Veranstaltung ist die Diskussion und Erarbeitung von Ideen und Vorschlägen für übergreifende Prinzipien und Handlungsansätze für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg.

# Rahmenbedingungen und Maßstäbe für eine nachhaltige Finanzpolitik

**Prof. Dr. Rolf Kreibich**  
**Beirat für Nachhaltige Entwicklung**

Prof. Dr. Kreibich gibt eine Einführung in Allgemeine Rahmenbedingungen und Maßstäbe für die Gestaltung einer nachhaltigen Finanzpolitik aus Sicht des Beirates für Nachhaltige Entwicklung. Er stellt dar, dass die Probleme des Finanzsystems die Realwirtschaft stark beeinträchtigen. Nachhaltigkeitspolitik benötigt seiner Ansicht nach nachhaltige Finanzen.

## **Einkommen- und Vermögensverteilung**

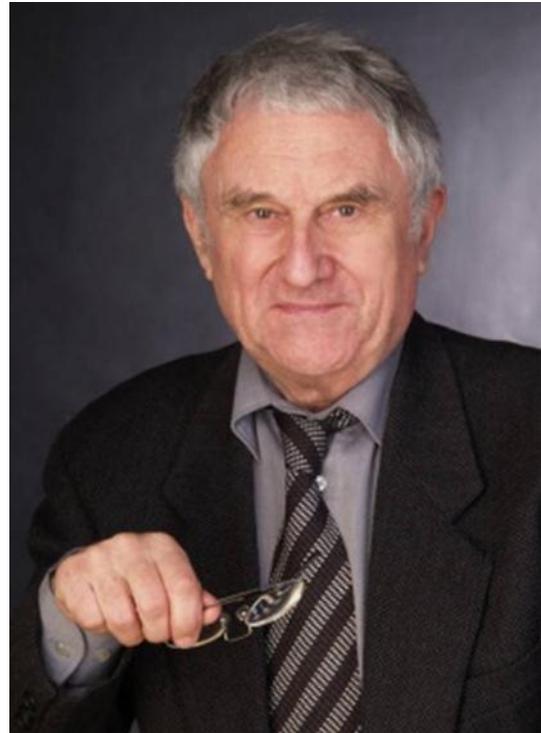
Die Ungleichheit bezüglich Einkommens- und Vermögensverteilung habe stetig zugenommen. Nicht nur unter Gerechtigkeitsaspekten ist dies bedenklich, sondern dies führt auch zu einer geringen Binnen- nachfrage. Historisch kann man feststellen, dass in allen weltwirtschaftlichen Krisen die zentrale Ursache eine extreme Vermögensspaltung war. Seiner Ansicht nach ist eine mittel- und langfristige Änderung der Rahmenbedingungen für die Einkommens- und Vermögensverteilung Voraussetzung für eine nachhaltige Politik.

## **Finanzmarkt**

Prof. Dr. Kreibich stellt Umsatzvolumina und Bestände der internationalen Finanzmärkte vor. Täglich wird auf den internationalen Finanzmärkten fast doppelt so viel Geld bewegt, wie Deutschland im Jahr an Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Kritisch ist für ihn insbesondere die Entkopplung der Finanz- von der Realwirtschaft. Diese virtuellen Geschäfte erzeugen allerdings reale Gewinne ohne eigentliche Werte zu schöpfen. D.h. die durch Spekulationen erzielten Gewinne werden der Realwirtschaft bzw. der wertschaffenden Bevölkerung entzogen.

## **Finanzaufsicht**

Zudem kritisiert er die nicht bzw. kaum vorhandene Kontrolle auf den nationalen wie internationalen Finanzmärkten. Die bisherige Kontrolle sei lückenhaft, auf zu viele Organisationen verteilt und umfasse nicht alle auf den Finanzmärkten tätigen Akteure. Er fordert die Etablierung einer internationalen, unabhängigen Bankenaufsicht. Im Weiteren geht er auf die Finanz-



produkte ein, mit denen gehandelt wird (Spekulationskredite, Derivate- und Hochfrequenzhandel) und fordert die Einschränkung des spekulativen Handels zur Sicherung von Geschäften im Bereich der Realwirtschaft.

## **Finanztransaktionssteuer**

Als weitere Notwendigkeit daraus sieht er die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese würde viele der reinen Spekulationsgeschäfte unattraktiv machen. Idealerweise würde sie europaweit, mindestens sollte sie doch für den Euroraum oder zur Not nur in Deutschland und hierfür bereiten europäischen Partnern schnellstmöglich eingeführt werden.

## **Veränderung des Bankensystems**

Speziell für Banken schlägt Prof. Dr. Kreibich vor, Investitionsbanken von Geschäftsbanken zu trennen, die Eigenkapitalquote zu erhöhen und einen Krisenfonds einzurichten, der ausschließlich von den Banken gespeist wird.

## **Eigentumsrecht und Nachhaltigkeit**

Im letzten Teil seines Vortrags setzt er sich mit der Beziehung Eigentumsrecht und Nachhaltigkeit ausei-

einander. Das Eigentumsrecht steht grundlegend Gestaltungszielen der Nachhaltigkeit entgegen, da es dem Eigentümer ermöglicht, mit seiner Sache nach Belieben zu verfahren, also aus ihr auch ungeschützte Gemeingüter zu nutzen und natürliche Ressourcen zerstörerische zu verbrauchen. Aus seiner Sicht sollte eine Nachhaltigkeitspflicht für das Eigentum gesetzlich verankert werden.

Zu weiteren Themen wie der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Anlagestrategie des Landes finden sich noch Ausführungen auf den Folien, diese werden aber im Rahmen des Vortrages nicht weiter vorgestellt.

## Diskussion

Es gibt viele zustimmende, aber auch ablehnende Positionen zu den Inhalten der beiden Vorträge.

Die konkrete Einbindung in eine Strategie für Brandenburg wird diskutiert. Zentrale Themen sind die Folgen der Verknappung der Gelder für Brandenburg bis 2020, wie in der Einführung von Frau Trochowski dargestellt wurde, und die konkrete Verankerung für eine nachhaltige Politik in Brandenburg. Finanzausgleich, Wettbewerbsföderalismus und Solidarpakt 3 werden im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Förderpolitik für Brandenburg diskutiert. Demnach sollen Zuschüsse und Förderungen nachhaltig geleistet werden und beispielsweise Mittel aus den EU-Strukturfonds EFRE oder ESF für kurz- oder mittelfristige Maßnahmen eingesetzt werden. Hier sollte über die Möglichkeit von revolving Fonds nachgedacht werden. Als positives Beispiel wird die Verwendung des Geldes aus dem Marshallplan genannt.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben. In vielen Ländern herrsche eine Staatsschuldenkrise. Ziel muss sein, nicht mehr auszugeben, als eingenommen wird. Das Land Brandenburg soll sich demnach darauf konzentrieren, Ein- und Ausgaben in ein Gleichgewicht zu bekommen.

### Finanzmarktkrise

Über die Ursachen der Finanzmarktkrise wird kontrovers diskutiert. Mehrere Teilnehmende sind wie Prof.

Kreibich der Ansicht, dass durch die Deregulation in den 80er Jahren und teilweise fehlenden Aufsichtsorgane das Volumen der von der Realwirtschaft abgekoppelten Finanzprodukte derart immens angewachsen ist, dass dies zu den jetzigen Problemen geführt hat. Die dafür verantwortlichen Banken und andere Kapitalmarktakteure (u.a. Hedgefonds) hätten durch die Spekulationen die Staatsschuldenkrise verursacht. Einige Teilnehmenden sind der Ansicht, dass die derzeitige Krise des Euros durch die hohe Verschuldung der Mitgliedsländer verursacht wird. Eine Bankenscheitler wird von diesen Teilnehmenden kritisiert. Es gibt seitens der Banken Vorschläge, durch eine Art von TÜV oder Verbot kritische Produkte aus dem Verkehr zu ziehen.

Hinter der Krise läge auch eine Wirtschafts- und Sozialkrise. Es würden Kredite an Personen vergeben, die nicht kreditwürdig seien, und das Wirtschaftswachstum würde nicht in Form von Gehaltserhöhungen an die Beschäftigten weitergegeben, wodurch wiederum die Binnennachfrage schrumpft.

Einig sind sich die Teilnehmenden, dass sowohl die hohe Staatsverschuldung reduziert als auch der Kapitalmarkt stärker reguliert und kontrolliert werden muss.

# Welche Regeln und Prinzipien gestalten die Finanzpolitik des Landes „nachhaltig“?

## Impuls: Nicht nachhaltige Aspekte der Finanzpolitik des Landes Brandenburg

Die Teilnehmenden wurden vor der Veranstaltung befragt, welche Aspekte der Brandenburger Nachhaltigkeitspolitik aus ihrer Sicht nicht nachhaltig seien. Die Antworten wurden zu folgenden Aspekten zusammengefasst und von Herrn Maurer vorgestellt:

1. Nicht hinreichende Abstimmungsprozesse
2. Entscheidungsfindung ist intransparent
3. Kritische Auseinandersetzung mit Struktur der Haushaltsausgaben fehlt
4. Ausgaben des Landes übersteigen Einnahmen
5. Land kümmert sich zu wenig um Verbesserung der Einnahmenseite
6. Strukturelle Finanzierungsdefizite auf kommunaler Ebene
7. Wirkung eingesetzter Mittel wird nicht hinreichend überprüft
8. Langfrist-Perspektive wird nicht hinreichend berücksichtigt
9. Fehlende Orientierung des Landes an Nachhaltigkeitskriterien

- in der Förderpolitik
- bei Beschaffung und Vergaben
- bei Steuerpolitik und Subventionen
- beim Liegenschaftsmanagement
- bei der Vermögensanlagestrategie

## Diskussion

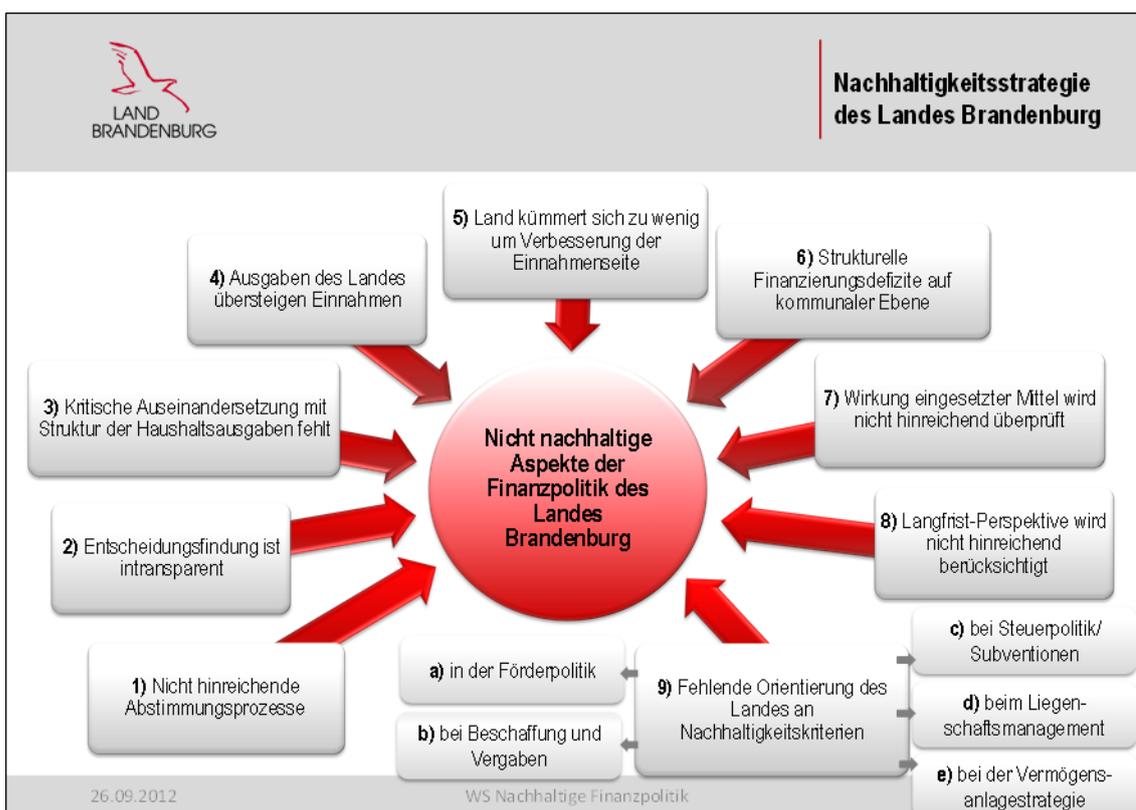
Die zentrale Frage lautet: Welche Regeln und Prinzipien gestalten die Finanzpolitik des Landes „nachhaltig“?

### Verbesserung der Einnahmenseite

Das Land Brandenburg bringt sich intensiv in die Diskussion um den auslaufenden Länderfinanzausgleich ein. Das Finanzministerium betrachtet gerade die Einnahmenseite sehr intensiv. Die Frage ist, wie man diese künftig ausgestalten kann und welche Indikatoren prioritäre Aspekte des Gemeinwohls besser abbilden.

### Langfristperspektive

Mit einer Projektion bis zum Jahr 2020 versucht das Finanzministerium auch hier künftige Entwicklungen



vorab zu erkennen. Prof. Kreibich ergänzt, dass die Wahrnehmung einer fehlenden Langfristperspektive nicht Brandenburg-spezifisch ist. Er erlebt gesamtpolitisch eine „muddle-through“-Situation. Politik entscheidet zu kurzfristig. Viele orientieren sich gar nicht mehr an den großen Herausforderungen, sondern an Wahlperioden. Selbst wenn langfristige Perspektiven entwickelt wurden, wie beispielsweise in der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie, fehle es dann später an der Umsetzung.

Das Land Brandenburg habe in den Eckpunkten zur Landesnachhaltigkeitsstrategie einige gute Ansatzpunkte niedergeschrieben. Es muss sich nun allerdings an der Umsetzung messen lassen.

Als weiteren Vorschlag für die Langfristperspektive wird eine stärkere Investition in Bildung statt in Infrastrukturen vorgeschlagen - Prinzip „Bildung statt Beton“. Dabei sei es wichtig, in alle Schulformen zu investieren, die Schulabbrecherquote zu senken und die qualifizierten jungen Leute im Land zu halten.

### **Ausgaben und Einnahmen des Landes**

Wichtige künftige Prozesse aus der Sicht von Teilnehmenden sind insbesondere die aktive Mitwirkung Brandenburgs bei der Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs, die Umsetzung der Schuldenbremse auf Landesebene und die genaue Betrachtung der Auswirkungen der Finanzkrise und der EU-2020 Vorgaben.

### **Innovation**

Die qualifizierten Menschen in Brandenburg zu halten, wird auch als eine große Chance gesehen, die Einnahmeseite zu verbessern.

Dazu gibt es den Vorschlag, Schwerpunkte auf innovative Branchen zu legen. Beispiel ist der Bereich der Wassertechnologie und –wissenschaft in Kooperation mit dem Land Berlin. Hier gibt es bereits viele innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Auch die Bereiche des ökologischen Landbaus im Speziellen und die Bioökonomie im Allgemeinen sind aus Sicht der Teilnehmenden Zukunftsbranchen. Bioökonomie ist dabei weit mehr als Landwirtschaft. Beispielsweise hat BASF gerade einen Dämmstoff aus Biomasse entwickelt. Dies schont andere, insbeson-

dere mineralöhlhaltige Rohstoffe. Im Bereich des ökologischen Landbaus fehlen derzeit Vermarktungswege und damit Wertschöpfungsketten.

Kreativität und Innovation bedarf auch des Risikos. Eine Form der Förderung könnte auch Venture-Capital sein, das in risikobehaftete Ideen investiert wird. Beispielfhaft sei hier das Hasso-Plattner-Institut für Informatik genannt.

Kreativität ist auch für die regionale Umsetzung der Energiewende wichtig. Hier könnten neue regionale Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum durch die Erzeugung des Stroms aus Erneuerbaren Energien entstehen. Hier bedarf es der Unterstützung aus den Verwaltungen und entsprechende Regelungen, um dies auf regionaler Ebene partizipativ voranzubringen. Dies trifft auch für das Thema sozialer Innovationen zu.

### **Investitionen und Infrastruktur**

Neben den geforderten Investitionen in Bildung bedarf es auch der Investition in Infrastrukturen. Ohne sie ist eine nachhaltige Finanzpolitik nicht möglich, so Prof. Puchta. Hier könnte allerdings mehr in Richtung risikoorientierte Förderpolitik z. B. mit Venture Capital Fonds unternommen werden. Ziel ist insbesondere junge Unternehmen zu fördern, wobei man sich im Klaren sein muss, dass u.U. auch ein Großteil der geförderten Maßnahmen misslingen kann.

Herr Brentrup unterstreicht noch mal, das die beiden Seiten der Investitionen in Personen und Infrastruktur integriert betrachtet werden sollten. Um beispielsweise zu den Hochschulen zu gelangen braucht es intelligente und moderne Verkehrssysteme.

### **Aktivieren von Privatvermögen**

Eine weitere Möglichkeit Investitionen im Land vorzunehmen, ist Privatvermögen zu aktivieren. Die Frage bleibt: wie kann das gelingen? Hier bedarf es noch neuer Möglichkeiten wie Stiftungen und Neugründungen innovativer Unternehmen zu erleichtern. Auch Genossenschaften stellen eine gute Möglichkeit dar, um gerade in der breiten Bevölkerung Gelder einzusammeln.

### **Innovationsbegriff**

Die Finanz- und Förderpolitik des Landes sollte auch darauf ausgerichtet sein, soziale Prozesse der Transformation zu unterstützen: den Transferprozess von Bildung in Ideen in Produkte und Dienstleistungen und den Transfer von Projekterfahrung. In diesem Sinne sollte der Innovations- und Investitionsbegriff neu gedacht werden.

### **Förderung und Subventionen**

Auf der Ausgabenseite sollte geschaut werden, welche nicht nachhaltigen Förderungen und Subventionen abgebaut bzw. eingestellt werden können.

Im Bereich der Förderrichtlinien sollte über Nachhaltigkeitskriterien nachgedacht werden. Damit sinnvolle Projekte nicht schon in der Antragsphase scheitern, sollte auch über die Förderung von Machbarkeitsstudien im Rahmen von Förderprogrammen nachgedacht werden.

### **Rolle der Bürgerinnen und Bürger**

Wichtig ist auch, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen. Wie kann dies – gerade beim Thema Finanzen – gelingen? Wie könnten Modelle der partizipativen Haushaltsaufstellung in den Kommunen und im Land aussehen? Wie können Bürgerinnen und Bürger sich inhaltlich aber auch finanziell an der künftigen Entwicklung des Landes beteiligen? Wie können Konzepte der Gemeinwohlökonomie aussehen?

# Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

## Arbeitsgruppe 1: Nachhaltigkeit in der Landes- Förderpolitik

Wie kann die Förderpolitik des Landes stärker zu einer Nachhaltigen Entwicklung beitragen?

Welche Regeln und Prinzipien machen die Förderpolitik „nachhaltig“? – Themensammlung

Zu Beginn benennen die Teilnehmenden im Rahmen einer Kartenabfrage die drei aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte zu der Frage, welche Regeln und Prinzipien Förderpolitik „nachhaltig“ machen. Die Aussagen der Teilnehmenden werden thematisch sortiert. Dabei ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Förderpolitik wird nachhaltig, wenn alle Förderprojekte in Bezug auf alle drei **Dimensionen der Nachhaltigkeit** (ökonomisch, ökologisch, sozial) überprüft werden. Dabei zielt die Überprüfung in den Aussagen der Teilnehmenden teilweise auf die Auswahl von Förderprojekten und teilweise auf die Wirkung der Förderung.

Als wichtigen Indikator für nachhaltige Entwicklung benannte ein Teilnehmender die Chance auf **Verstärkung** nach Auslaufen der Förderung. Übergreifend wird von Teilnehmenden eine integrierte Betrachtung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen (ökonomische, ökologische, soziale Dimension) favorisiert. In diesem Zusammenhang wird der Vorschlag gemacht, besonders nachhaltige Förderprojekte mit Anreizsystemen wie etwa höheren Fördersätzen zu belohnen.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen die Teilnehmenden bei Aspekten zur **inhaltlichen Ausrichtung der Förderpolitik**. Am weitaus häufigsten wird dabei eine Förderung der Nachhaltigkeit durch **regionale Wertschöpfungsketten** benannt – jeweils ausgehend von Brandenburg, aber auch unter Einbeziehung Berlins. Ziel ist es, die regionale Wertschöpfung zu steigern. Daneben werden von einzelnen Teilnehmenden auch andere Aspekte benannt: „Förderung ressourcenarmer Technologien“, „Orientierung an Zukunftstrends“, „Förderung der kreativen Potenziale der Menschen“ sowie „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Weiterhin wird die Prüfung des Einsatzes von **alternativen Finanzierungsinstrumenten** – z. B. revolvie-

rende Fonds, Bürgschaften, Darlehen – statt der bisher weitgehend üblichen Zuschussförderung gefordert. Auch das Ermöglichen von Unternehmensbeteiligungen wird in diesem Zusammenhang benannt.

Daneben sehen die Teilnehmenden in der konsequenten **Verzahnung der zukünftigen Förderpolitik** des Landes **mit** der aus dem laufenden Prozess erarbeiteten **Landesnachhaltigkeitsstrategie** einen weiteren Ansatzpunkt.

Weitere von einzelnen Teilnehmenden benannte Prinzipien, die zu einer nachhaltigeren Förderpolitik führen können, sind die allgemeine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs, die Schaffung existenzsichernder sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, der Schuldenabbau des Landes, eine Orientierung der Förderpolitik am Nutzen für das Allgemeinwohl.

## Vertiefende Diskussion

### Verständnis Förderpolitik

In der anschließenden Diskussion wird erneut die Bedeutung der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten thematisiert. In diesem Zusammenhang wird auch das Verständnis von „Förderpolitik“ thematisiert. Dabei stellt sich heraus, dass ein Großteil der Teilnehmenden darunter zunächst „Wirtschaftsförderung“ verstanden hat. Für die weitere Diskussion wird das Verständnis von Förderpolitik erweitert, so dass auch die Förderung von Sozialem, Sport, etc. eingeschlossen wird.

### Überprüfbarkeit Nachhaltigkeit

Daneben wird in der Diskussion insbesondere der Aspekt der Messung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitskriterien vertieft behandelt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass es bereits von unterschiedlichen Organisationen verschiedene Sets von Nachhaltigkeitskriterien gibt. Es gibt allerdings auch sehr unterschiedliche Auffassungen zu ihrer Qualität und dazu, ob die Auswirkungen bei Nichterfüllung von Kriterien hinreichend berücksichtigt sind. Einigkeit besteht darüber, dass ein System von Kriterien im Rahmen der Antragstellung wie der Antragsprüfung praktikabel sein muss. So sollte es beispielsweise nicht zu viele

Indikatoren geben. Unterschiedlich bewertet wird auch der Spielraum des Landes zur Implementierung von Kriterien vor dem Hintergrund der Vorgaben von Geldgebern wie EU oder Bund.

### **Grundprinzipien der Förderpolitik**

Im Laufe der Diskussion verständigen sich die Teilnehmenden auf **vier Grundprinzipien**, an denen sich eine nachhaltige Förderpolitik in Brandenburg ausrichten sollte:

- Förderpolitik soll sich zukünftig an der zu erstellenden Landesnachhaltigkeitsstrategie orientieren
- Nachhaltigkeit integriert betrachten: Alle drei Dimensionen (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sollten berücksichtigt werden
- Ergebnisse nach Nachhaltigkeitskriterien messen
- Regionale Wertschöpfungsketten fördern

Diese Liste ist nicht abschließend, sondern stellt den gemeinsamen Nenner der Teilnehmenden an der Arbeitsgruppe dar.

### **Teilnehmende**

Martin Batta-Lochau (Geschäftsstelle des Beirates für Nachhaltige Entwicklung), Michael Brentrup (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft), Markus Antonius Dreier (Ministerium der Finanzen), Jan-Erik Farke (Investitionsbank des Landes Brandenburg), Sebastian Daniel Geschonke (Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Potsdam), Lothar Hammes-Lerch (REIF e.V.), Manuela Heise (Staatskanzlei), Christian Hoßbach (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg), Jan-Hendrik Kathmann (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten), Werner Landwehr (GLS Bank Berlin), Siegfried Rehberg (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.), André Röser (Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie), Marion Scheier (DGB Region Südbrandenburg/Lausitz), Andrea-Liane Spangenberg (Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.), Torsten Stehr (IHK Potsdam), Prof. Dr. Manfred Stock (Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg, PIK), Dr. Veit-Stephan Zweynert (LASA Brandenburg GmbH).

## **Arbeitsgruppe 2: Einnahmesituation öffentlicher Haushalte, solidarische Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit**

**Welche Rolle spielen Verteilungs- und Verursachergerechtigkeit sowie eine solidarische Lastenteilung bei der Verbesserung der Einnahmesituation öffentlicher Haushalte? Wo gibt es Handlungsansätze im Sinne einer Steuerung für mehr Nachhaltigkeit?**

### **Was heißt Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit?**

In einer ersten Runde tragen die Teilnehmenden ihre Vorstellungen davon zusammen, was Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit für sie heißt. Generationengerechtigkeit wird als ein anderes Wort für Nachhaltigkeit genannt, aber auch als eine Methode der nachhaltigen Finanzpolitik: alles, was wir heute investieren und an Kreditaufnahme zulassen, muss für nachfolgende Generationen von Nutzen sein soll.

Beitragsgerechtigkeit hat eine soziale Komponente, denn jeder soll nach seinen Möglichkeiten beitragen können. Eine Nachhaltigkeitsstrategie sollte Handlungsmaßstäbe enthalten nach denen jeder, der einen Nutzen aus Naturgütern zieht, dazu beiträgt, dass diese Güter auch erhalten bleiben.

Als Kernproblem wird die Frage der Einkommensverteilung gesehen. Bislang werden z. B. die Kosten der Energiewende über Beiträge auf die Nutzer, und hier insbesondere die Privatpersonen, umverteilt. Es sollte aber insbesondere erwogen werden, ob andere Formen einer Beitragserhebung denkbar sind, die einer Verteilungsgerechtigkeit von oben nach unten und nicht von unten nach oben folgen.

Weiterhin wird die Gleichbehandlung für alle als wichtiges Element der Beitragsgerechtigkeit gesehen: Wer Umweltgüter nutzt oder beeinträchtigt, trägt die Verantwortung für deren Erhalt bzw. Wiederherstellung. Denn das Gleichgewicht in den Ökosystemen muss erhalten werden. Auch Lenkungsabgaben, die an die Nutzung von Ressourcen anknüpfen, wären gerecht: Wer Boden (z. B. Rohstoffentnahme, Wasserentnah-

me etc.) nutzt, sollte dafür Steuern bzw. Abgaben zahlen.

Eine Herausforderung stellt die Verteilung der geringer werdenden Haushaltsmittel dar, zumal auch bürgerschaftliches Engagement materielle Unterstützung verdient.

### **Welche Handlungsansätze gibt es zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten?**

#### **Input durch Dr. Frank Beck**

Herr Beck stellt folgende Handlungsansätze in seinem Kurzvortrag dar:

- der Nutzung von Gemeinschafts- und Umweltgütern einen angemessenen Preis zuweisen, Verursachergerechtigkeit stärken
- nicht nachhaltig wirkende Subventionen abbauen
- ökologische Risiken und bisher von der Allgemeinheit getragene Folgekosten des Handelns einzelner Marktteilnehmer in die Preisbildung einbeziehen (Internalisierung externer Kosten)
- Gemeingüterschutz gegenüber Privateigentum stärken
- Leistungen zur Pflege und Schonung der Naturgüter honorieren
- Gebühren, Abgaben und Entgelte: Wie können die Nutznießer von öffentlichen Leistungen und Gemeingütern gerecht zu deren Finanzierung herangezogen werden?
- Nachhaltige Anlagestrategien des Landes
- gewonnene finanzielle Handlungsspielräume für sozialen Ausgleich nutzen und Anreize für nachhaltiges Wirtschaften schaffen (ökologisch-soziale Finanzreform)

Herr Beck nennt als zentralen Punkt, auf den man sich bei der Nachhaltigkeitsstrategie konzentrieren muss, **Bildung und Kommunikation**, also die Frage, wie Bewusstsein geschaffen wird und Interessenlagen und –unterschiede identifiziert werden. **Finanzpolitik** wird nur in sehr wenigen Bundesländern in diesem Zusammenhang behandelt. Für Brandenburg steht die Entwicklungsfähigkeit des Landes im Mittelpunkt. Diese ist aber nur über eine grundsätzliche Änderung

der Finanzpolitik möglich. Hier kann die öffentliche Hand durch eine kreative Ausgabensteuerung wegen des großen von ihr gesteuerten Mittelvolumens z. B. bei der Beschaffung oder Förderung eine Anreiz- und Vorbildrolle übernehmen. In dem Eckpunktepapier zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg wird thematisiert, wo es Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten gibt.

Bei Nachhaltigkeit geht es um ein Gleichgewicht der Einnahmen- und Ausgabenseite. Hierbei sollte man jedoch nicht alles Gewicht auf die Ausgabenseite legen, sondern auch die Einnahmenseite eingehend betrachten. Solidarisch und gerecht sollen die herangezogen werden, die einen Nutzen davon haben, dass es einen funktionierenden Staat gibt. Dies bedeutet, dass Subventionen als solche erkannt und abgebaut werden müssen, z. B. lässt sich Verkehr als eine Nutzung von Gemeingütern verstehen – denn bisher können Klimagase ausgestoßen werden, ohne dass für den entstehenden Schaden aufgekommen werden muss.

Nach der ökologischen Steuerreform 1999 ist es nun daran mit einer **sozialökologischen Steuerreform** den nächsten Schritt zu tun. Hierbei müssen die richtigen Anreize gesetzt werden; es dürfen keine Wettbewerbsnachteile für diejenigen entstehen, die schon heute mehr leisten als gesetzlich notwendig ist – beispielsweise in Bezug auf soziale Leistungen oder Ressourcenschonung.

Wie die Landespolitik ihre Risiken für den zukünftigen Haushalt minimieren und wie es gerecht zwischen den Akteuren heute und zwischen den heutigen und denen zukünftiger Generationen zugehen kann – dazu soll es konkrete Ziele, Maßnahmen und Indikatoren geben. Diese könnten in einem regelmäßigen Fortschrittsbericht offengelegt werden.

## **Vertiefende Diskussion**

Es wird in der Kleingruppe über Ziele, Leitlinien, Kriterien, Aufgaben- und Kompetenzverteilung, Stärkung der Selbstorganisation und eine sozialökologische Steuerreform diskutiert.

### **Ziele einer nachhaltigen Finanzstrategie**

Die Teilnehmenden formulieren drei zentrale Ziele für eine nachhaltige Finanzstrategie:

- eine Bewusstseinsänderung ist nötig, um die sich verändernden Anforderungen und Entwicklungen zu erkennen und berücksichtigen zu können,
- Gestaltungsspielräume für künftige Entwicklungen sollen geschaffen werden (monetär und regulatorisch) und
- Risiken des nicht-nachhaltigen Handelns sollen reduziert werden.

### **Leitlinien**

Folgende Leitlinien nennen die Teilnehmenden im Laufe der Diskussion:

- Investitionen sollen eine langfristige Perspektive haben
- Defizitabbau und Investitionen sollen sich ergänzen
- Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Investitionen sollen im Vorfeld überprüft werden.

Dazu sollen Nachhaltigkeitskriterien entwickelt werden, nach denen über Investitionsförderung entschieden werden kann.

### **Nachhaltigkeitskriterien**

Die Nachhaltigkeit von Investitionen und Vorhaben soll überprüfbar sein. Dazu bedarf es eines Sets an Indikatoren. Der Nachhaltigkeitsbeirat ist gerade dabei, einen ersten Vorschlag zu erarbeiten.

Außerdem braucht es auch bei der Umsetzung geeignete Steuerungsinstrumente und Kontrollmechanismen, um die Nachhaltigkeit zu überprüfen. Ziel ist, dass Nachhaltigkeitskriterien als „Leitplanken des Handelns“ dienen und dass sie in den Köpfen von Land, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaftsakteuren verankert sind.

Die Stakeholder- und Bürgerbeteiligung stellt ein Ziel des Nachhaltigkeitsprozesses dar und dient außerdem als Qualitätssicherungsinstrument für nachhaltige Entwicklung.

### **Stärkung der Selbstorganisation**

Selbstorganisation lässt sich stärken, indem Ausnahmen zugelassen werden um Modellprojekte zu ermög-

lichen. Voraussetzung ist, dass die Modellprojekte übertragbar sind. Möglichkeiten der Selbstorganisation bieten beispielsweise die Netzübernahme durch Kommunen oder Bürgerinnen/Bürger, die Stärkung von Stadtwerken, Bürger-Genossenschaften.

### **Aufgaben- und Kompetenzübertragung**

Im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben des Landes sollte auch regelmäßig eine Aufgabenkritik durchgeführt werden. Insbesondere sollte dabei eine Aufgabenübertragung von der Landesebene „nach unten“ in Erwägung gezogen werden.

Das Land bleibt aber immer in der Pflicht, Rahmenvorgaben zu machen. Ob dies effektiver ist, muss in jedem Fall überprüft werden.

Entbürokratisierung kann auch durch eine Befristung von neuen Gesetzen erfolgen, die nach einigen Jahren evaluiert werden, um zu entscheiden, ob sie beibehalten werden sollen.

### **Sozialökologische Steuerreform**

Sozialökologische Steuerreform bedeutet, nicht-nachhaltige Subventionen und Förderungen abzubauen, externe Kosten zu internalisieren und der Nutzung von Gemeinschaftsgütern einen Preis zuzuweisen. Zugleich würde sie eine sozialökologische „Über-Erfüllung“ d.h. es wird mehr gemacht als vorgesehen, berücksichtigen und im Idealfall sogar ausgleichen.

Eine sozial-ökologische Steuerreform kann z. B. über umweltbezogene Abgaben und Entgelte oder „Prämien“ wirken. Rohstoffabgaben und Wasserabgaben sind Beispiele für solche Abgaben. Deren wirtschaftliche Auswirkungen müssen beachtet werden, ebenso wie eventuelle Auswirkungen auf die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

### **Zusammenfassung**

Am Ende fassen die Teilnehmenden noch einmal die wichtigsten Botschaften für die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie zusammen:

- Es braucht Prioritäten für die Ausgabenseite.
- Langfristig muss eine Schuldentilgung erfolgen. Dieser Defizitabbau soll aber nicht auf Kosten nachhaltiger Investitionen erfolgen.

- Nachhaltige Bildungs- und Wirtschaftsförderung hängen unmittelbar von nachhaltiger Finanzpolitik ab; hier müssen auch künftig Gestaltungsspielräume erhalten bleiben.
- Benötigt wird ein System für eine Ex-ante-Prüfung, das Monitoring und die Evaluation von Vorhaben auf Nachhaltigkeit einschließt.
- Die bereits bestehenden Möglichkeiten Kameralistik bzw. der doppelten Haushaltsführung sollten genutzt werden, um Indikatoren abzuleiten und Bewertungsmechanismen für eine Nachhaltigkeitsprüfung zu etablieren.
- Möglichkeiten einer Ausweitung des Systems von Umweltabgaben und –prämien (Bonus-Malus-System) sollen geprüft und eingeführt werden.

#### **Teilnehmende**

Dr. Frank Beck (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz), Antje Fischer (Ministerium der Finanzen), Prof. Dr. Rolf Kreibich (IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH), Peter Ligner (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz), Michael Marquart (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz), Chris Rappaport (Brandenburg 21 e.V.), Elke Seidel (Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark), Cedric von der Hellen (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.)

## **Schlusswort**

**Prof. Dr. Manfred Stock**

**Vorsitzender des Beirats für Nachhaltige Entwicklung**

**Dr. Frank Beck**

**Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Herr Prof. Dr. Stock sieht sich durch den Workshop darin bestärkt, dass nachhaltige Finanzpolitik ein zentrales Thema für die Landesnachhaltigkeitsstrategie ist. Der heute begonnene Prozess des gegenseitigen Austausches zwischen den Ressorts und mit

Stakeholder führt dazu, dass das Thema Nachhaltigkeit noch weiter in der Finanzpolitik Einfluss gewinnt. Wichtig sei immer die Frage im Auge zu behalten: Was für einen Mehrwert können wir mit einer nachhaltiger Entwicklung für Brandenburg bewirken?

Die FAZ hat, so Herr Prof. Dr. Stock, kürzlich eine Auflistung der Krisen des Kapitalismus in den letzten 200 Jahren vorgenommen. Die Quintessenz: Ob die Krisen Ausfluss oder Ursache des Kapitalismus sind ist ungeklärt – sie gehören aber offensichtlich zusammen. Und das wird wohl auch für die Zukunft gelten. Wir müssen also mit weiteren Finanz- und Wirtschaftskrisen rechnen.

Umso wichtiger ist es anzuerkennen, dass das Thema nachhaltige Finanzpolitik in die Nachhaltigkeitsstrategie gehört. Heute war wieder zu sehen, wie schwer es ist, von globalen Bezügen herunter zu kommen und das Thema auf die Landesebene zu bringen. Dies bleibt weiter eine wichtige Aufgabe.

Auch die Bezüge zu anderen Themen, insbesondere zur Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik, sind heute deutlich geworden. Das Thema nachhaltige Finanzen ist somit beispielhaft für die Nachhaltigkeit als Querschnittsthema.

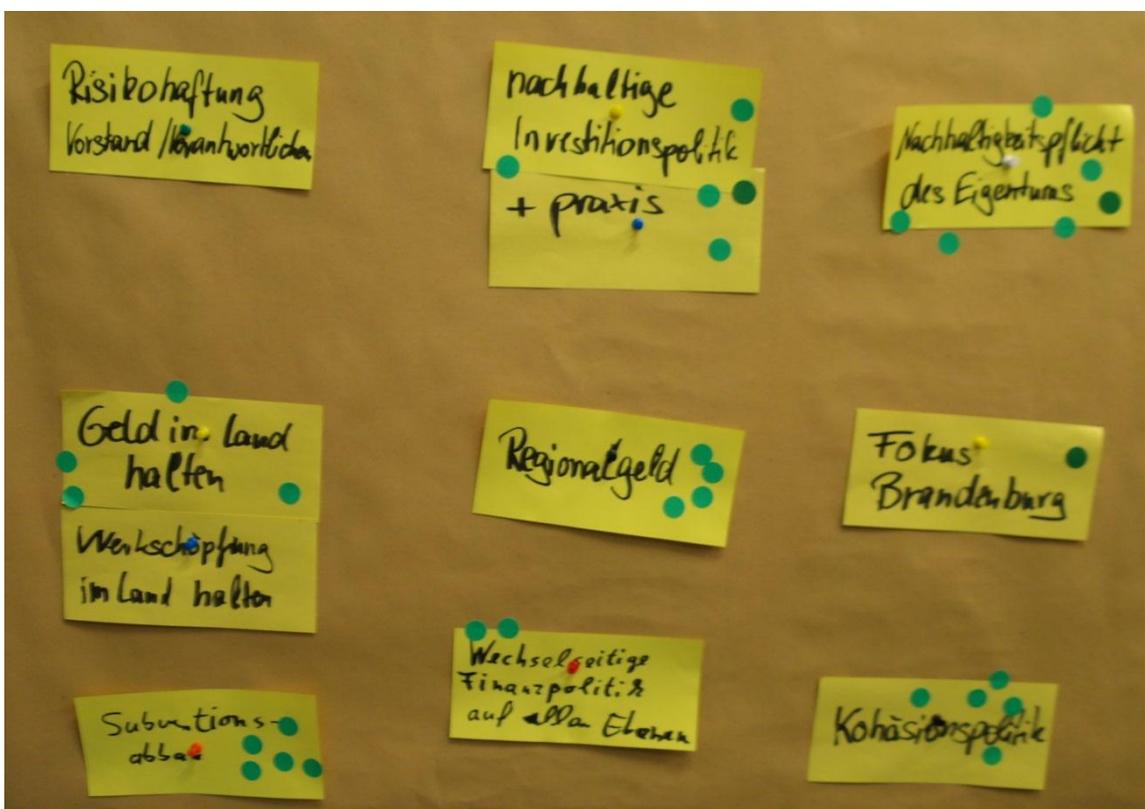
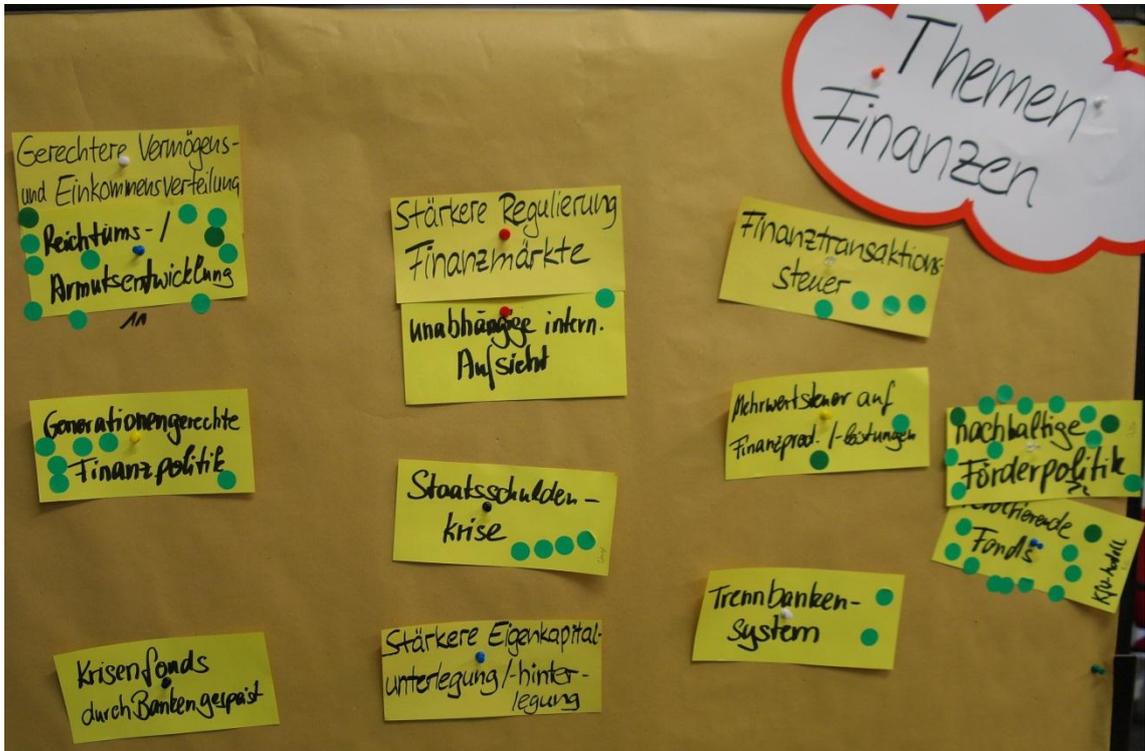
Zentrales Ziel muss es sein, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. zurückzugewinnen. Brandenburg ist das erste Bundesland, das dieses Thema explizit in seiner Landesnachhaltigkeitsstrategie thematisiert.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Dr. Beck bei den Teilnehmenden für die rege Mitwirkung und die Zeit, die sie dem Thema zur Verfügung stellen, obwohl sie nicht wissen was die Landesregierung mit den Ergebnissen macht. Dies stellt einen großen Vertrauensvorschuss dar und ist Anreiz zu Sorgfalt und Qualität.

# Anhang

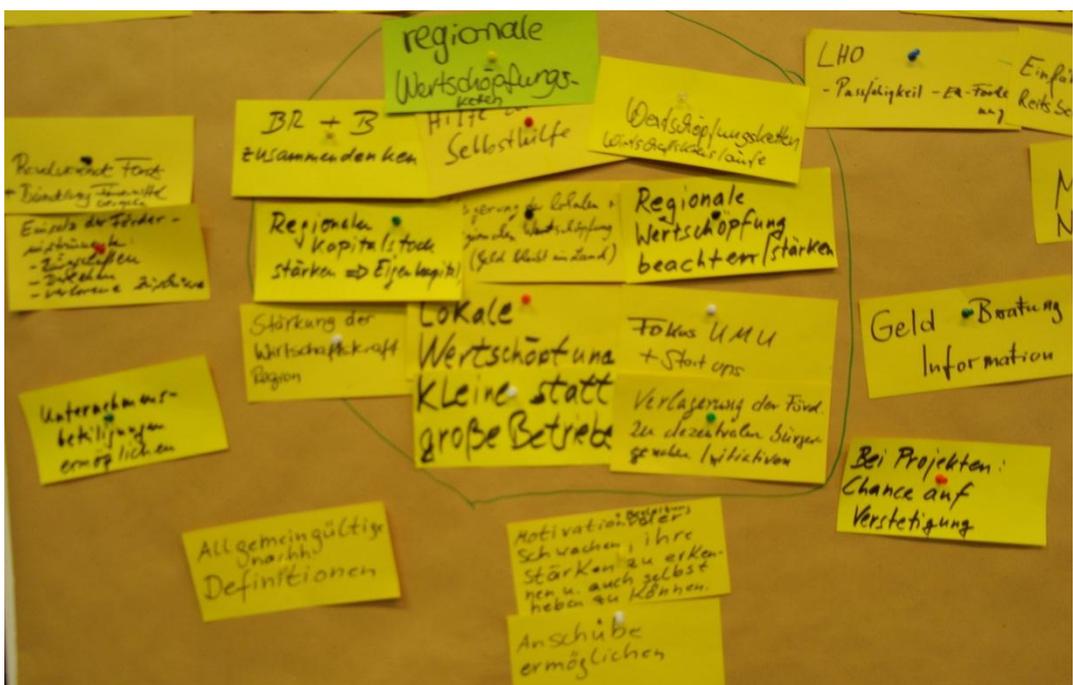
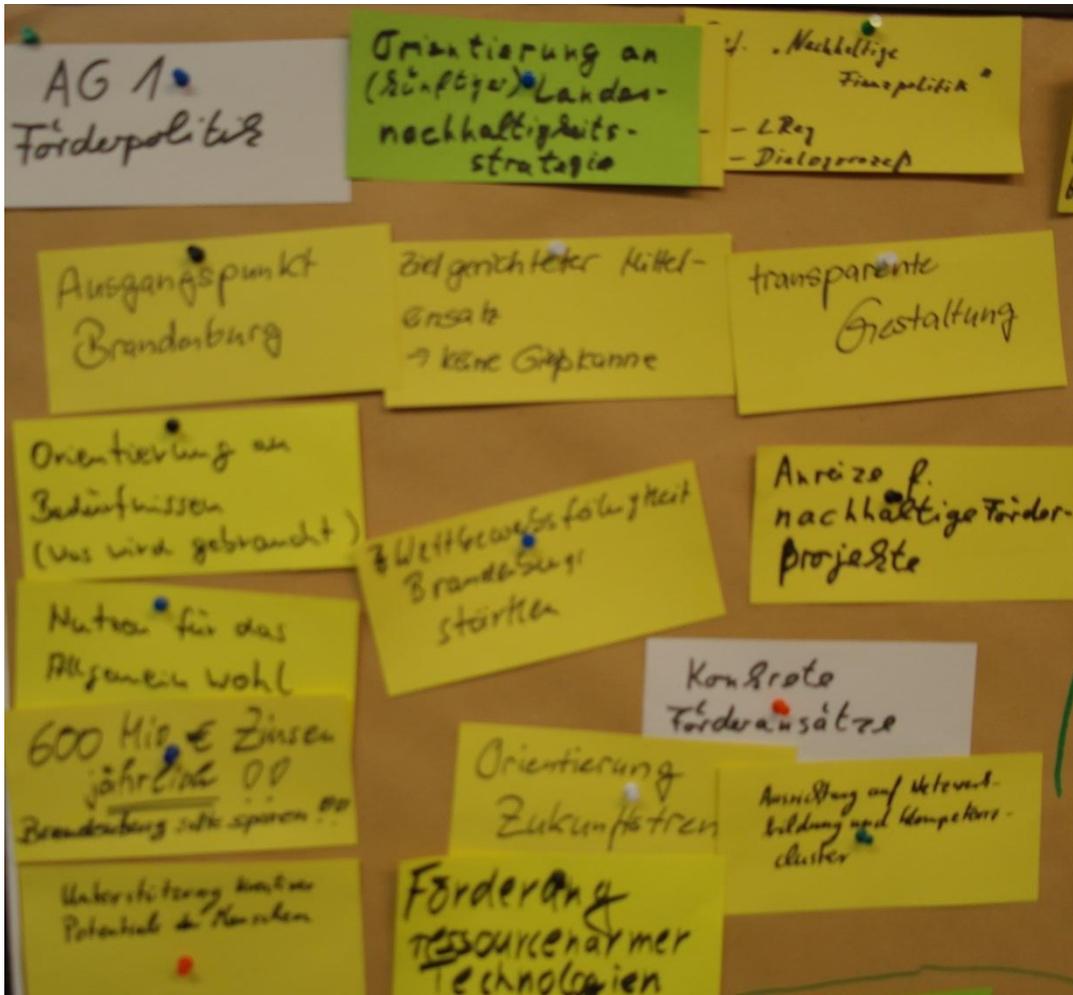
## Ergebnisse Welche Regeln und Prinzipien gestalten die Finanzpolitik des Landes „nachhaltig“?





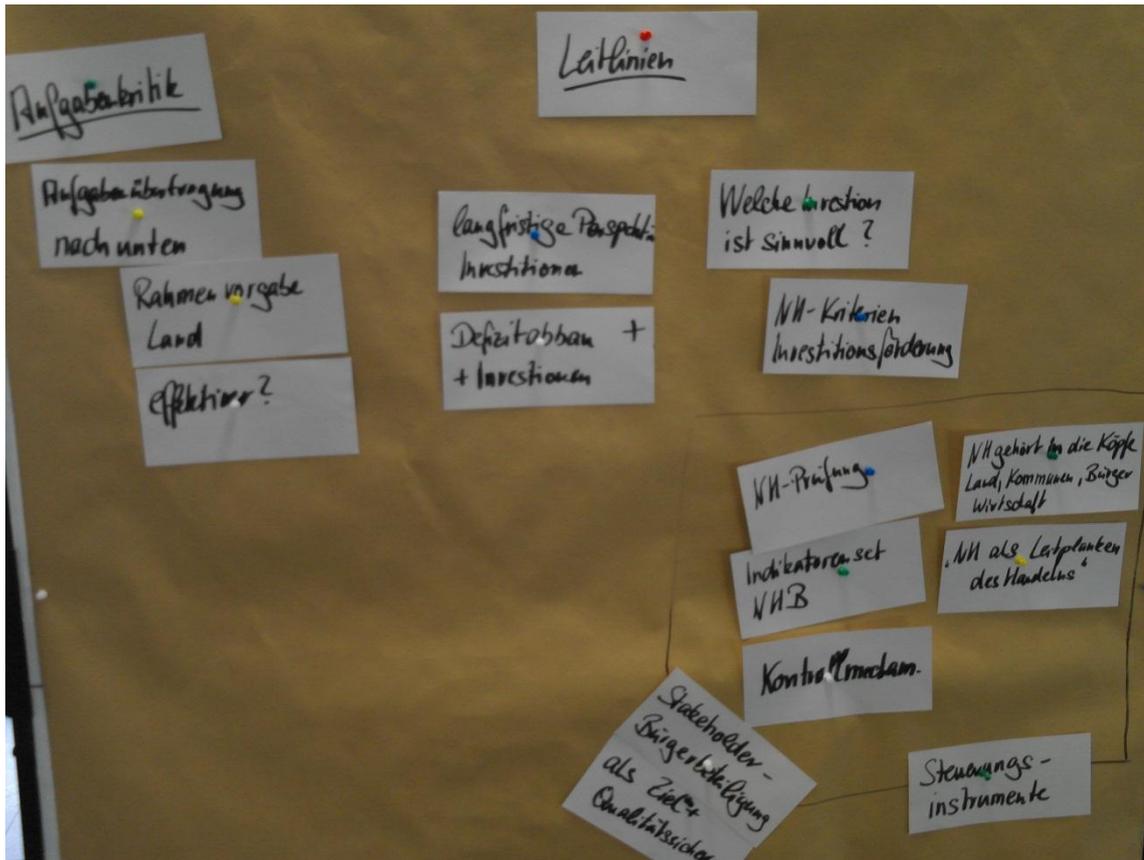
# Ergebnisse Arbeitsgruppe 1 Nachhaltigkeit in der Landes-Förderpolitik

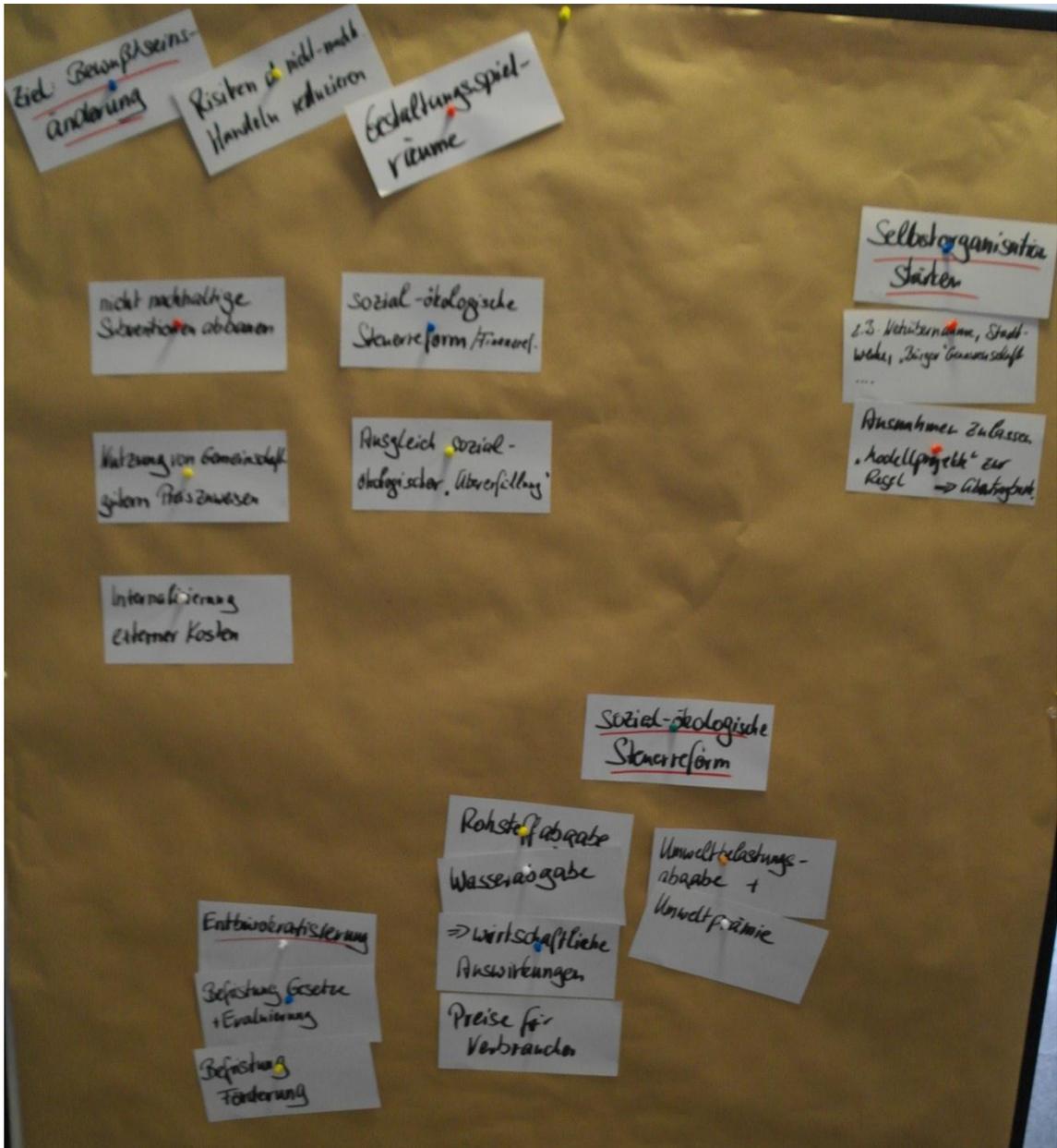






## Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 Einnahmesituation öffentlicher Haushalte, solidarische Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit





## Liste der Teilnehmenden

Vorname	Nachname	Institution
Martin	Batta-Lochau	Geschäftsstelle des Beirates für Nachhaltige Entwicklung
Dr. Frank	Beck	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Michael	Brentrup	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
Dr. Daniel	Dahm	Daniel Dahm Consult GmbH
Markus Antonius	Dreier	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Jan-Erik	Farke	Investitionsbank des Landes Brandenburg
Andreas	Fischer	Deutsche Gesellschaft für Internationale Entwicklung
Antje	Fischer	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Sebastian Daniel	Geschonke	Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Potsdam
Lothar	Hammes-Lerch	REIF e.V. (Regionale Entwicklung im Fläming)
Manuela	Heise	Staatskanzlei Brandenburg
Laura	Henn	e-fect dialog evaluation consulting eG
Christian	Hoßbach	DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Jan-Hendrik	Kathmann	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Rolf	Kreibich	IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH
Werner	Landwehr	GLS Bank Berlin
Peter	Ligner	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Stefan	Löchtefeld	e-fect dialog evaluation consulting eG
Michael	Marquardt	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Jan	Maurer	TAURUS ECO Consulting GmbH
Dr. Martin	Pohlmann	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Dieter	Puchta	Nachhaltigkeitsbeirat - AG Nachhaltige Finanzpolitik
Chris	Rappaport	Brandenburg 21 e.V.
Dipl.-Ing. Siegfried	Rehberg	Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen E.V.
André	Röser	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
Marion	Scheier	DGB Region Südbrandenburg/Lausitz
Elke	Seidel	Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark
Andrea-Liane	Spangenberg	Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.
Torsten	Stehr	IHK Potsdam
Tillmann	Stenger	Investitionsbank des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Manfred	Stock	Beirat für Nachhaltige Entwicklung, PIK
Staatssekretärin Daniela	Trochowski	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Caroline	Verfürth	e-fect dialog evaluation consulting eG
Cedric	von der Hellen	Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.
Thomas	von Gizycki	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Veit-Stephan	Zweynert	LASA Brandenburg GmbH

## **Ansprechpartner**

### **Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg**

Referat 55 Nachhaltige Entwicklung, umweltbezogene Fragen der  
Wirtschaft und des Verkehrs, Luftreinhaltung, Lärminderung

Dr. Martin Pohlmann

Albert-Einstein-Straße 42-46

14473 Potsdam

Tel. 03 31-8 66 79 23

Email: [martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de](mailto:martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de)

## **Dialoggestaltung**

### **e-fect dialog evaluation consulting eG**

Stefan Löchtfeld

Am Deimelberg 19

54295 Trier

Tel. 04 41-6 84 11 79

Email: [dialog-brandenburg@e-fect.de](mailto:dialog-brandenburg@e-fect.de)

### **TAURUS ECO Consulting GmbH**

Dr. Klaus Sauerborn

Universität Trier

Am Wissenschaftspark 25-27

54286 Trier

Tel. 06 51-2 01-31 30

Email: [klaus.sauerborn@taurus-eco.de](mailto:klaus.sauerborn@taurus-eco.de)